

Frauen bleiben im Kader des Kantons untervertreten

Vorstoss Der St. Galler Kantonsrat hat am Dienstag eine Motion der SP-Grüne-Fraktion abgelehnt, in der unter anderem eine angemessene Vertretung von Frauen in Kaderpositionen innerhalb der kantonalen Verwaltung verlangt wurde.

Die Regierung sollte gesetzlich verpflichtet werden, in der kantonalen Verwaltung die notwendigen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Die Regierung lehnte die Motion ab. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie des Frauenanteils in Kaderpositionen gehörte bereits seit Jahren zu den wichtigsten personalpolitischen Zielen, schrieb sie dazu. In ihrer Stellungnahme räumte die Regierung allerdings ein, die 2013 für Kaderpositionen formulierte Vorgabe mit einem Frauenanteil von 30 Prozent bis Ende 2015 und einem längerfristigen Anteil in der Grössenordnung von 40 Prozent nicht erreicht zu haben. Der Nachholbedarf habe sich akzentuiert: Der Frauenanteil im Kader lag im März dieses Jahres bei 24,8 Prozent.

Der Staat sei ein zeitgemäßer Arbeitgeber, sagte Regierungsrat Benedikt Würth. «Wir haben schon einen sehr guten Level erreicht», so der CVP-Mann. Mit knapp einem Viertel könne man aber nicht zufrieden sein. Es brauche allerdings zuerst freie Stellen. Der Rat trat mit 30 zu 78 Stimmen nicht auf die Motion ein. (sda)

Toggenburger Standesbegehren

Sozialhilfe Gemäss aktueller Gesetzgebung dürfen anerkannte Flüchtlinge den Kanton nicht frei wählen. Sind Flüchtlinge einem Kanton zugeteilt, können sie erst umziehen, wenn der neue Kanton diesem Wohnortwechsel zustimmt. Diese auf nationaler Ebene akzeptierte Lösung soll nun auch auf Ebene der Gemeinden eingeführt werden. Die Toggenburger Kantonsräte Linus Thalman, SVP, und Andreas Widmer, CVP, fordern das Ratspräsidium auf, bei der Bundesversammlung eine entsprechende Standesinitiative einzubringen. Unsere Zeitung hatte mehrmals über die Verteilung der Flüchtlinge im Kanton berichtet (Ausgaben vom 2. und 12. September), unter anderem auch über den Flüchtlingsübergang in der Gemeinde Kirchberg. (al)

Hausbesitzer dürfen sich freuen

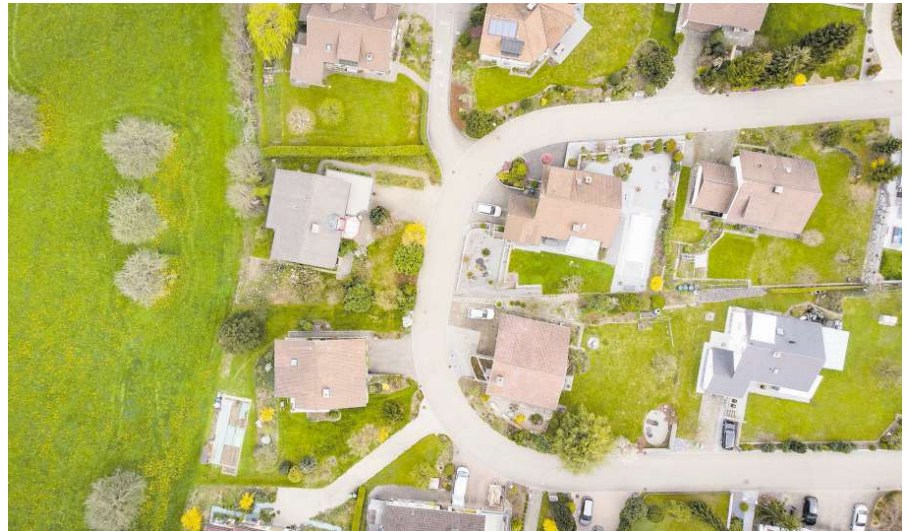
Bei der Revision der Grundstückgewinnsteuer setzen sich FDP und CVP mit moderaten Steuergeschenken durch.

Marcel Elsener

Private Liegenschaftsbesitzer sollten weniger administrativen Aufwand haben, wenn sie ihr Haus verkaufen: Das wollte die Motion der CVP, die 2016 entgegen dem Willen der Regierung und der Linksrünen angenommen wurde. Die Fronten blieben bei der ersten Lesung der Vorlage im Rat bestehen – hier die Bürgerlichen, dort die Regierung und die linke Minderheit. Unbestritten war die Absicht, «unnötigen Papierkrieg zu vermeiden» und die Frist für den – für die Steuer massgeblichen – Ersatzwert des Grundstücks von 50 auf 20 Jahre zu reduzieren. Heftig umstritten hingegen die Entlastungen, die mit der Anpassung der Fristen zur Debatte standen.

Der «ideologische Schaukampf», den Finanzchef Benedikt Würth erwartet hatte, entbrannte aufgrund der Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden. Je nach Einstellung der «Stellschrauben» für Dauerhalterabatte und Abgeltung der Anlagekosten resultierten unterschiedlichste Zahlen: von den 39 Millionen Franken im Fall der vorberatenden Kommission bis zum effektiv kostenneutralen Antrag der SP-Grünen-Fraktion. Letztere drohte mit dem Referendum, sollte die «reine Steuersenkungsvorlage» der Kommission durchkommen.

Nicht das Budget 2020, aber die künftigen Finanzmittel ab 2021 brähten «Herausforderungen», warnte Würth vor Steuergeschenken. Die Regie-



Die Grundstückgewinnsteuer für langjährige Eigenheimbesitzer wird gesenkt (Quartierbeispiel Mörschwil).

Bild: Benjamin Manser

rung hatte sich um einen austarierten Vorschlag mit fünf Millionen bemüht. Den Kompromiss von CVP-GLP und FDP mit acht Millionen Steuerausfällen könne man indes «knapp mittragen», sagte der Finanzchef.

«Sogar Singapur ist weiter als die Schweiz»

Die Mitteparteien setzten sich in Folge sowohl gegen die Anträge der SVP (für grosszügigere Entlastungen) als auch gegen jene der SP-Grünen und der Regie-

rung durch. Der steuerlich am meisten belastete «klassische Mittelstand» lebe in selbstbewohnten Eigenheimen und verdiene fiskalisch Rücksichtnahme beim Generationenwechsel in den Liegenschaften, meinten CVP-GLP und FDP. Gewinne unter 500 000 Franken sollten demnach milder besteuert werden, als es die Regierung vorsah. Zwar hätte sich die FDP eine «leicht offensivere Vorlage gewünscht», wie ihr Sprecher Thomas Toldo meinte. Ihre Absage

an die SVP und die Hauseigentümer-Hardliner in den eigenen Reihen sollte sich für die Bürgerlichen aber auszahlen.

Verärgert zurück bleibt die Linke, die eine Übervorteilung der Grundeigentümer auf Kosten der Allgemeinheit anprangerte. «Sie kassieren ökonomische Renten, für die sie keinerlei Leistung erbracht haben», sagte SP-Präsident Max Lemmenmeier – sogar Singapur besteuere die «ungerechtfertigten Gewinne» konsequent und sei da der

Schweiz voraus. Mieterverbandspräsident Ruedi Blumer (SP) erinnerte an die 60 Prozent Mieter in der Bevölkerung, die nicht von Entlastungen profitierten. Auf der andern Seite verbat sich etwa HEV-Präsident Walter Locher (FDP) «die klassenkämpferische Rhetorik» und «die Anschwärzung genau jener, die den Sozialstaat finanzieren» (Toni Thoma, SVP). Immerhin freute man sich bei der SP, dass die Referendumsandrohung gewirkt habe.

Kantonsrat stockt Energieförderprogramm auf

Mit dem Nachtragskredit ist das Programm bis Ende 2020 gesichert. SP und Grüne fordern mutigere Schritte.

Die Nachfrage nach dem kantonalen Förderprogramm Energie 2015 bis 2020 ist weit grösser als gedacht – die Zahl der Gesuche übersteigt im laufenden Jahr den dafür vorgesehenen Sonderkredit von 32,4 Millionen Franken beziehungsweise 5,4 Millionen Franken pro Jahr. Der Kantonsrat hat daher am gestrigen zweiten Sessionstag einen Nachtragskredit von 9,4 Millionen Franken in erster Lesung bewilligt – die zweite Lesung erfolgt heute Mittwoch.

Der Nachtragskredit wurde von allen Fraktionen unterstützt, dies aber nicht ohne Kritik am Baudepartement bezie-

hungsweise an Bauchef Marc Mächler. «Man stelle sich nur das Bild vor, dass der Kanton abgegeben hätte, wenn er in Zeiten klimapolitischer Dringlichkeit sein Förderprogramm Knall auf Fall hätte einstellen müssen», sagte etwa die Sprecherin der CVP-GLP-Fraktion, Yvonne Suter. Sie wunderte sich, warum die Hauruckübung mit dem Nachtragskredit nötig sei.

Auch SP und Grüne staunten, «dass dem Kanton plötzlich das Geld ausgeht». Zudem würden gewisse Massnahmen nun plötzlich nicht mehr unterstützt. Für Ruedi Blumer, SP, ist klar, dass das Förderprogramm ver-

«100 Millionen Franken sind die Grössenordnung, die wir brauchen.»

Ruedi Blumer
SP-Kantonsrat

bessert werden muss. Es gebe Erklärungsbedarf, warum mitten im Spiel die Spielregeln geändert würden, Bauchef Marc Mächler müsse sich erklären. «100 Millionen Franken sind die Grössenordnung, die wir brauchen», spielte Blumer auf eine Motion für einen Klimafonds an, welche die Partei noch in der laufenden Session einreichen will.

Regierungsrat Mächler blieb gelassen: Die Regierung habe das Energieförderprogramm bereits mehrmals per Verordnungsrecht angepasst. Mit den 9,4 Millionen Franken werde es jetzt um einen Drittel erhöht:

«Das ist nicht nichts.» Mit einer Deckelung von 100 000 Franken würden mehr Gesuchsteller von Beiträgen profitieren und man habe den Fokus auf die vom Bund geförderten Massnahmen gelegt: «Einen Franken vom Bund brauchen» und zwei Franken vom Bund ergeben drei Franken.»

Höchste Dringlichkeit für Mächler hat der Ersatz fossiler Heizungen. Der Bauchef erinnerte an den dafür vorgesehenen Sonderkredit von 10 Millionen Franken, den das Parlament im Juni im Rahmen der Klimadebatte gesprochen hatte.

Christoph Zwilli

ANZEIGE



SCHÜTZENGARTEN LANDBIER!
Zum Wohl auf seine Regionalität.

www.schuetzengarten.ch

CULINARIUM
regio • garantie

Schweiz. Natürlich.